



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

NOVEMBER/DEZEMBER 2017 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINEN, LIEBE GENOSSEN,

seit dem Scheitern der Jamaika-Koalition auf Bundesebene durch das Nein der Lindner-FDP steckt die deutsche Politik vor einem Scherbenhaufen. Wie es mit der Bundesrepublik weitergeht, kann der SPD aber nicht egal sein. Welche Optionen gibt es nun? Sicher nicht nur eine Neuauflage der Großen Koalition, das ist klar. Das Ergebnis von Neuwahlen möchte ich mir derzeit lieber nicht ausmalen. Oder gibt es einen Weg zwischen diesen beiden Polen? Eine überzeugende Antwort ist nur möglich, wenn darüber auf der Basis unseres Wahlprogramms gesprochen wird. Das wird am Jahresanfang geschehen. Aber davor wünsche ich Euch erholsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch. Vor uns liegen große Aufgaben – deshalb brauchen wir einen vollen, aufgeladenen Akku!

Herzlichst
Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

EINE VERNUNFT-EHE, KEINE LIEBESHEIRAT

Nachdem die FDP die Aufnahme von Gesprächen über eine Ampel-Koalition mit der SPD und den Grünen vehement verweigert hat, musste es schnell gehen: In einem zweiwöchigen Verhandlungsmarathon haben SPD und CDU einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der eine klare rote Handschrift hat. Die wichtigsten Projekte und Wahlversprechen konnte die SPD in den Verhandlungen durchsetzen: Die Kita-Gebühren ab dem dritten Lebensjahr werden bereits im kommenden Jahr abgeschafft. Einen einjährigen Stillstand bei der Inklusion – wie von der CDU gefordert – wird es nicht geben, sondern lediglich eine Übergangszeit eingeräumt. Die Stärkung der Polizei, die Modernisierung der Krankenhäuser, die Verbesserung der Pflege und die finanzielle Unterstützung schwacher Kommunen werden auch in der Großen Koalition fortgesetzt.



Ministerpräsident Stephan Weil und Bernd Althusmann (CDU) präsentieren den unterzeichneten Koalitionsvertrag.

Foto: SPD Niedersachsen

Die Eckpunkte des Koalitionsvertrags

Gebührenfreie Bildung

Wie im Wahlkampf angekündigt werden die Kita-Gebühren ab dem dritten Lebensjahr abgeschafft, d.h. auch das erste und zweite Kita-Jahr sind schon ab 2018 kostenfrei. Schrittweise werden zudem die Gebühren für die Ausbildung in Sozial- und Pflegeberufen sowie für die Meisterausbildung abgeschafft.



SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und Ministerpräsident Stephan Weil unterzeichnen den Koalitionsvertrag.

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Keine Pause für die Inklusion

Ein Aussetzen der Inklusion wird es nicht geben. Stattdessen wird die Landesregierung eine Übergangszeit einräumen, in der den Förderschulen Lernen im Sekundarbereich I dort einen Bestandsschutz gewährt wird, wo der Schulträger Bedarf sieht. In dieser Übergangszeit werden Kapazitäten an den inklusiven Schulen ausgebaut, indem pro Jahr 150 zusätzliche Stellen für pädagogische Mitarbeiter zur Unterstützung der Lehrkräfte geschaffen werden.

Moderne Krankenhäuser

Die Sanierung und der Ausbau der Hochschulmedizin in Göttingen und Hannover wird fortgesetzt. Zudem wird die Landesregierung Krankenhäuser im ganzen Land sanieren und die Pflege durch Personalmindeststandards stärken.

Zusätzliche Medizinstudienplätze

In den kommenden fünf Jahren werden bis zu 200 zusätzliche Medizinstudienplätze entstehen, um vor allem die ärztliche Versorgung auf dem Land zu verbessern.

Masterplan Digitalisierung

Das Land wird eine Milliarde Euro für einen »Masterplan Digitalisierung« zur Verfügung stellen. Damit wird bis 2025 der Ausbau der Vernetzung mit Glasfaserkabeln

für Übertragungsgeschwindigkeiten von einem Gigabit im ganzen Land realisiert.

Stärkung der Polizei

Bis zu 3.000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten werden in Polizeidienst und Verwaltung geschaffen. Zudem wird die Ausstattung der Polizei modernisiert und die Zulagen für Einsätze am Wochenende, an Feiertagen und in der Nacht erhöht.

Unterstützung finanzschwacher Kommunen

Mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro werden die Kommunen bei den Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur unterstützt.

Verbesserung der Chancengerechtigkeit

Die Zugangs- und Aufstiegschancen im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden verbessert. Die Landesregierung setzt zudem auf eine kontinuierlich verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Fort- und Weiterbildungsangebote. Dazu werden die Chancen für Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Menschen mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt gestärkt. ■



Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament



Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:** www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

»ERSTMALS ARBEITNEHMER- UND UMWELTSTANDARDS VERANKERT«

Es geht um neue EU-Regeln zum Beispiel gegen Billig-Stahl, der zu staatlich fixierten Preisen und unter arbeitsrechtlich fragwürdigen Bedingungen in Fernost produziert wird, europäische Märkte flutet und in Europa Arbeitsplätze gefährdet. In der niedersächsischen Stahlindustrie sind rund 10.000 Menschen beschäftigt.

Die zahlreichen Fälle von Dumping haben in den vergangenen Monaten und Jahren offensichtlich gemacht, dass das europäische System zur Bekämpfung unfairer Handelspraktiken dringend reformbedürftig ist. Um das zu ändern, hatte die EU-Kommission Ende 2016

einen Gesetzesvorschlag für eine neue Berechnungsmethode in Anti-Dumpingfällen vorgelegt, dem die Mehrheit der Europaabgeordneten im November in Straßburg zugestimmt hat.

Auf Druck von uns Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten werden erstmals weltweit Arbeitsrechte und Umweltstandards in Handelsschutzinstrumenten berücksichtigt. Ein großer Fortschritt auf dem Weg zu fairerem Wettbewerb im Welthandel. Wir Europaparlamentarier hatten zwei Hauptziele in diesen Verhandlungen: Keine zusätzlichen Bürden für unsere europäische Industrie, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schützen – und eine belastbare

Vereinbarkeit mit den Regeln der Welt handelsorganisation. Beide Ziele haben wir erreicht, teils gegen den erheblichen Widerstand der EU-Mitgliedstaaten. ■



AKTUALISIERTE NEUAUFLAGE: »Europa hautnah. Wie die EU unseren Alltag gestaltet.« Erhältlich als Download unter www.bernd-lange.de oder per E-Mail anfordern unter mail@bernd-lange.de.



Stephan Weil auf dem Landesparteitag. Foto: SPD Niedersachsen

LANDESPARTEITAG STIMMT KOALITIONSVERTRAG ZU

Eine große Mehrheit der Delegierten, die am 18. November in Hannover zum außerordentlichen Landesparteitag zusammenkamen, hat dem Koalitionsvertrag mit der CDU zugestimmt. In der vorangegangenen Aussprache hatten die Vertreter der Jusos noch deutliche Kritik an der Koalition mit der CDU geübt. Insbesondere die Überzahl der Männer im Kabinett stieß auf Ablehnung: Der Anspruch, dass auch in den

Führungsetagen die Hälfte aller Plätze an Frauen vergeben werden sollen, müsse auch für die Landesregierung gelten. Ministerpräsident Stephan Weil dagegen betonte, dass die Große Koalition keine Kehrtwende bedeute: »Eine Politikwende findet nicht statt, es gibt kein Rollback in der Flüchtlings-, aber auch kein Rollback in der Bildungspolitik«. Den 200 Delegierten rief er zu: »Sicher wird fast jeder von Euch auch Haare in

der Suppe finden können, aber im Vergleich mit den Zugeständnissen, die wir etwa der FDP in einer Ampelkoalition hätten machen müssen, ist dies ein gutes Abkommen.« Eine deutliche Überzahl der Redner stimmte Stephan Weil zu und machte sich für die Große Koalition unter Führung der SPD stark. Das Abstimmungsergebnis fiel schließlich entsprechend deutlich zugunsten des Koalitionsvertrags aus. ■

DIE NEUE LANDESREGIERUNG



Das neue Kabinett bei der Vereidigung. Foto: SPD-Landtagsfraktion

Mit der erwarteten großen Mehrheit von 104 der insgesamt 137 möglichen Stimmen wurde Stephan Weil am 22. November erneut vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Anschließend benannte Stephan Weil die Mitglieder seines neuen Kabinetts, die im Landtag vereidigt wurden. Die SPD vertreten als Landesministerinnen und Landesminister Birgit Honé (Bund, Europa, Regionalentwicklung), Olaf Lies (Umwelt, Energie, Bauen, Klima-

schutz), Boris Pistorius (Innen, Sport), Dr. Carola Reimann (Soziales, Gesundheit, Gleichstellung) und Grant Hendrik Tonne (Kultur). Die CDU vertritt der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Bernd Althusmann (Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Digitalisierung), Barbara Havliza (Justiz), Reinhold Hilbers (Finanzen), Barbara Ottekinast (Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz) sowie Björn Thümler (Wissenschaft, Kultur). ■

Die Ministerinnen und Minister der SPD stellen sich vor

Für die bisherige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt und Sozialministerin Cornelia Rundt sind Grant Hendrik Tonne und Carola Reimann neu in das Kabinett gerückt. Der ehemalige Wirtschaftsminister Olaf Lies hat das Umweltministerium übernommen, während Boris Pistorius niedersächsischer Innenminister geblieben ist und die bisherige Staatssekretärin Birgit Honé das neu geschaffene Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten führt. Was die neuen (und alten) Landesministerinnen und Landesminister in den kommenden fünf Jahren vorhaben, welche Ziele sie verfolgen und welche Herausforderungen sie sehen, das erklären sie in kurzen Videos auf der Facebook-Seite von Stephan Weil: www.facebook.com/Stephan.Weil. ■

Impressum
Herausgeber: SPD Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Georg Brockmeyer
Redaktion: Remmer Hein, Axel Riehoff
Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover
E-Mail: vorwaerts@spdnds.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER, die neue Landesregierung steht! Mit der erneuten Wahl von Stephan Weil zum Ministerpräsidenten und der Vereidigung der Mitglieder der neuen Landesregierung in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages in der letzten Woche neigt sich ein turbulenten Jahr 2017 langsam dem Ende zu.

Mit 55 direkt gewählten Abgeordneten und einem sehr guten Landtagswahlergebnis von 36,9 Prozent stellt die SPD in der 18. Wahlperiode endlich wieder die größte Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Nachdem die FDP sich Koalitionsgesprächen verweigert hat, war schnell klar, dass eine stabile SPD-geführte Landesregierung in Niedersachsen nur gemeinsam mit der CDU gebildet werden konnte.

Die Skepsis, die einem solchen Bündnis auf beiden Seiten gegenüberstand und zum Teil sicher auch heute noch bei vielen Genossinnen und Genossen vorherrscht, ist mehr als verständlich. Wir werden mit konstruktiver Arbeit unseren Teil zum Gelingen dieses Bündnisses beitragen. Die Herausforderungen, vor denen wir dabei stehen, sind vielfältig: Die politische Gestaltung der Digitalisierung ist hier ebenso zu nennen wie die konsequente Weiterentwicklung unseres Bildungssystems und die Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit in unserem Land.

Wenn wir uns die Geschlossenheit und die Tatkraft der letzten Wochen und Monate bewahren können, dann haben wir die Möglichkeit, unsere SPD in den nächsten Jahren als die führende Niedersachsen-Partei zu etablieren und noch fester in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.

Vor uns allen liegt auch in den nächsten fünf Jahren eine Menge Arbeit, gehen wir sie gemeinsam und entschlossen an!


 Johanne Modder
 Vorsitzende der SPD-Fraktion im
 Niedersächsischen Landtag

»HISTORISCHER TAG FÜR NIEDERSACHSEN«

LANDTAGSPRÄSIDENTIN Die Göttinger SPD-Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta ist die erste Frau im höchsten repräsentativen Amt *von Frank Jungbluth*

Am 14. November 2017 ist die Sozialdemokratin Dr. Gabriele Andretta einstimmig von den Abgeordneten des Landtages der 18. Wahlperiode zur Landtagspräsidentin gewählt worden. Mit dieser Wahl haben die Abgeordneten Landesgeschichte geschrieben. Es ist seit Gründung des Landes Niedersachsen vor 71 Jahren das erste Mal, dass der Landtag eine Frau in dieses hohe Amt gewählt hat.

Thema im Landtag: Gabriele, wie hast Du Dich gefühlt, als Deine SPD-Landtagsfraktion Dich am 13. November einstimmig für dieses Amt nominiert hat und Du am 14. November zur Landtagspräsidentin gewählt wurdest?

Andretta: Das waren für mich sehr bewegende Momente. Es wurde mir als Mädchen einer Arbeiterfamilie aus dem Hunsrück wahrlich nicht in die Wiege gelegt, einmal an der Spitze des Niedersächsischen Landtages zu stehen. Und es macht mich stolz, dass es meine Fraktion war, die den Weg für die erste Frau in diesem höchsten repräsentativen Amt unseres Landes geebnet hat und damit ein wichtiges Zeichen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik gesetzt hat.

TiL: Du hast in Deiner Antrittsrede an die Vorkämpferinnen für Gleichberechtigung und an die »Frauen der ersten Stunde« des Landtages erinnert, warum war dir das wichtig?

Andretta: Ein vietnamesisches Sprichwort sagt, »Wenn du eine Frucht isst, denke an die, die den Baum gepflanzt haben.« Es waren Frauen wie Marie Juchacz, Clara Zetkin und Lida Gustava Heymann, die für das Frauenwahlrecht kämpften, das im November kommenden Jah-



Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder gratuliert der neuen Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta (links). *Foto: Frank Jungbluth*

res 100 Jahre alt wird und den Beginn der ersten Demokratie in Deutschland markiert. Und es waren Frauen wie die Sozialdemokratin Rosa Helfers, die Christdemokratin Ilsa Reinhardt, die Liberale Margarethe Gramberg oder die Kommunistin Frieda Schäfer, die nach dem Zweiten Weltkrieg Verantwortung für das Land übernahmen, die anpackten, die große soziale Not zu lindern, und sich für die Schaffung eines demokratischen Bildungs- und Kulturwesens einsetzten. Jede dieser Frauen war ein Vorbild, das andere Frauen – auch mich – zu politischem Engagement ermutigt hat.

TiL: Waren im ersten gewählten Niedersächsischen Landtag gerade einmal 10 Frauen vertreten, so sind es in der jetzigen Legislaturperiode 38. Das ist doch ein Fortschritt, oder?
Andretta: Gegenüber 1947 ein Fortschritt, mit Blick auf die letzten Landtage jedoch ein trauriger Rückschritt. Der Frauenanteil ist in diesem 18.

Landtag erstmals wieder gesunken – auf unter 30 Prozent – so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Immerhin sind auf Vorschlag der SPD-Fraktion mit meinen Kolleginnen Petra Emmerich-Kopatsch (SPD) und Meta Janssen-Kucz (Bündnis 90/Die Grünen) zwei Frauen als Landtagsvizepräsidentinnen gewählt worden. Und mit Johanne Modder haben wir eine starke Fraktionsvorsitzende. Doch machen wir uns nichts vor, trotz des staatlichen Gleichstellungsauftrags in Artikel 3 unseres Grundgesetzes haben Frauen und Männer immer noch nicht den gleichen Zugang zu politischen Ämtern und Mandaten.

TiL: Was tun?
Andretta: Wir sehen, dass die von der SPD sich selbst gegebene Quote sich sehr positiv auf den gestiegenen Frauenanteil bei den Mitgliedern und Mandaten ausgewirkt hat. Verschiedene Initiativen, u. a. der Deutsche

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Frauenrat, der Deutsche Juristinnenbund oder die BAG kommunaler Gleichstellungsbeauftragter fordern eine gesetzliche Quotenregelung, die ähnlich dem französischen »loi sur la parité« (Paritätsgesetz) paritätisch besetzte Listen der Parteien für Wahlen vorschreibt und damit für Verbindlichkeit sorgt. Im Vergleich zur Debatte um die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft verläuft die Diskussion um politische Parität bislang jedoch eher schleppend. Das sollten wir ändern.

Ich will in meiner Funktion dazu beitragen, dass mehr Frauen den Mut und die Möglichkeit haben, den Weg in die Politik zu gehen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Nds. Landtag
Verantwortlich: Sebastian Böhrs, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Oliver Grimm, Eva Güntzel, Frank Jungbluth
Redaktionsschluss: 7. Dezember 2017
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@LT.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover, www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de

TiL: Wie soll das gelingen?

Andretta: Wir können zum Beispiel die Rahmenbedingungen verbessern, so muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Politiker und Politikerinnen gelten. Als ich 1998 zum ersten Mal in den Landtag einzog, gab es für mich als damals junge Mutter eines Säuglings keine Möglichkeit, mein Kind irgendwo in Ruhe zu stillen, ganz zu schweigen von einem Wickeltisch. Mein Baby Luna und ich waren damals im Landtag nicht willkommen, unverblümt gab man mir zu verstehen, dass junge Mütter nicht in Parlamente gehören. Das ist heute anders. Anfang kommenden Jahres eröffnen wir im Landtag eine Kindertagesstätte für die Kinder von Abgeordneten und die Kinder von MitarbeiterInnen des Landtages und der Fraktionen. Dafür haben wir uns als SPD-Landtagsfraktion stark gemacht. Das ist eine gute Entwicklung. Aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, wir brauchen auch einen Kulturwandel. Das Leitbild eines Politikers, in dem Zeit für Familie oder Babypausen nicht

vorkommen, entspricht weder der Lebenswirklichkeit, noch ist es für Frauen sonderlich attraktiv.

TiL: Was hast Du Dir als Landtagspräsidentin vorgenommen?

Andretta: Wir erleben, dass viele Bürger ihren Volksvertretern gegenüber zunehmend mit Skepsis begegnen. Sie glauben nicht daran, dass Politik in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung, in Zeiten beschleunigten Wandels und tiefer Umbrüche noch eine soziale Gesellschaft gestalten kann. Nicht wenige Menschen fühlen sich von diesen Entwicklungen überrannt, sie haben Sorge und Angst, mit ihrem Wissen, ihrer Qualifikation nicht mehr mithalten zu können, fürchten, abgehängt zu werden. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen und uns fragen, wie wir das Vertrauen der Bürger in die Gestaltungskraft der Politik und damit Vertrauen in die Demokratie zurückgewinnen können. Ich will den Dialog suchen, der Landtag wird ein Haus der offenen Türen sein, ein Ort des Gesprächs und der Begegnung. Darauf freue ich mich. ■

DER LANDTAG IN ZAHLEN

137 Abgeordnete und eine Große Koalition aus SPD und CDU: Das ist der neue Landtag der 18. Wahlperiode, der mit der konstituierenden Sitzung am 14. November seine Arbeit vier Wochen nach der Landtagswahl aufgenommen hat.

Die SPD-Fraktion ist die größte des neuen Landtages mit 55 Abgeordneten, der kleinere Koalitionspartner CDU hat 50 Abgeordnete, die Koalition stellt also mit 105 MdL eine große Mehrheit von mehr als zwei Dritteln. 38 der 137 Abgeordneten sind Frauen.

Der neue Landtag hat sich im neuen Plenarsaal an alter Stelle konstituiert. Die Außenmauern des Gebäudes von Dieter Oesterlen, das im Jahr 1962 fertig gestellt wurde, blieben stehen. Von September 2014 bis Oktober 2017 wurde das Innere komplett neu gebaut und beherbergt wieder den Plenarsaal. ■

Anzeige



**Frohe Weihnachten
& auf ein Neues**

Der SPD-Shop wünscht schöne Feiertage!

shop.spd.de